

KURZNACHRICHTEN

Taucher geborgen

SIGRISWIL | Ein Taucher aus Deutschland, der seit Juli 2014 vermisst wurde, ist tot aus dem Thunersee geborgen worden. Das teilte die Kantonspolizei Bern am Dienstag mit. Der Leichnam war am 13. Januar 2015 im Thunersee bei Merligen lokalisiert worden. Taucher der Seepolizei bargen den leblosen Körper darauf in einer aufwendigen Aktion aus rund 190 Meter Tiefe. Die Untersuchungen der Rechtsmediziner der Universität Bern ergaben, dass es sich beim Verstorbenen um einen 37 Jahre alten Mann aus Deutschland handelt. Er war seit Mitte Juli 2014 als vermisst gemeldet. | sda

Windparks in Schweden

ZÜRICH | Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) erwirbt erstmals einen Windpark in Schweden. Hauptabnehmer des produzierten Stroms ist das finnische Rechenzentrum von Google, wie das ewz am Dienstag mitteilte. Das ewz beteiligt sich mit einem Anteil von 51 Prozent an den vier Windparks Alered, Mungseröd, Ramsnäs und Skalleberg in Südschweden. Abgewickelt wird die Transaktion über die ewz (Deutschland) GmbH. Als Co-Investor wird Aquila Capital die übrigen 49 Prozent der Anteile an der Beteiligungsgesellschaft übernehmen. Die jährliche Stromproduktion der insgesamt 29 Windturbinen mit einer Leistung von 60 Megawatt (MW) entspricht etwa sechs Prozent des gesamten Stromverbrauchs der Stadt Zürich, wie es in der Mitteilung heisst. | sda

Lok entgleist

LUZERN | Im Steilrampentunnel Engelberg ist am Dienstagmorgen die Lokomotive eines Interregio der Zentralbahn (zb) bei der Zahnstangeneinfahrt entgleist. Verletzt wurde niemand. Die 20 Passagiere konnten aus dem Tunnel evakuiert werden. Gemäss einem Sprecher der zb verunfallte der Interregio Engelberg-Luzern nach 9.00 Uhr rund 200 Meter nach der Tunnel-einfahrt, dort wo der Zahnstangenabschnitt beginnt. Als die Lokomotive, die sich am Ende des Zuges befand, auf die Zahnstange fuhr, kam es zur Entgleisung. Dabei wurde auch die Fahrleitung beschädigt. | sda

Rücktritt

ZUG | Der mutmassliche sexuelle Übergriff des Zuger SVP-Kantonsrates Markus Hürlimann hat politische Folgen. Der 40-Jährige tritt definitiv als Präsident der kantonalen SVP zurück. Interimspräsident Thomas Aeschi bestätigte am Dienstag einen Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung». Hürlimann kandidierte an der Generalversammlung vom 12. März nicht mehr für das Amt des Präsidenten, teilte Nationalrat Aeschi mit. | sda

Bern | Grünliberale werben für ökologische Steuerreform mit Volksinitiative

«Königsweg zur Energiewende»

Die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer» ist aus Sicht der Befürworter der Königsweg zur Energiewende. Sowohl Unternehmen als auch Haushalte könnten profitieren, wenn sie sich ökologisch verhielten, sagten die Vertreter des Ja-Komitees am Dienstag vor den Medien in Bern.

Die Initiative der Grünliberalen, die von den Grünen unterstützt wird, verlangt eine ökologische Steuerreform: Die Mehrwertsteuer soll abgeschafft und durch eine Steuer auf der Produktion und der Einfuhr von Erdöl, Gas, Kohle und Uran ersetzt werden.

Der Luzerner GLP-Nationalrat Roland Kaufmann (LU) sprach von einem «wirksamen und liberalen Instrument» zur Verminderung des Energieverbrauchs und zur verstärkten Produktion erneuerbarer Energie. Die Initiative setze auf Preisanreize statt staatliche Subventionen.

Benzin um 1.30 Franken teurer

Dass die Strom- und Benzinpreise bereits bei der Einführung des neuen Systems stark steigen würden, streiten die Initianten ab. Sie gehen davon aus, dass die Kilowattstunde Strom zu Beginn zwischen 10 und 15 Rappen teurer wäre als heute. Der Benzinpreis würde damit um rund 1.30 Franken steigen.

Die Angaben von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, wonach der Benzinpreis um 3 Franken steigen würde, seien falsch, sagte GLP-Präsident Martin Bäumle. Auf diese Höhe könnte der Preis nach 20 bis 30 Jahren steigen. Die Grünliberalen stellen auch in

Abrede, dass die Initiative die Staatseinnahmen gefährdet: Im Verfassungstext sei klar festgehalten, dass die Einnahmen gleich hoch bleiben müssten wie mit der Mehrwertsteuer.

Nicht nur reiche Haushalte profitieren

Den Vorwurf, die Initiative sei aus sozialpolitischer Sicht problematisch, weisen die Befürworter ebenfalls zurück. Zwar räumen sie ein, dass die Energieausgaben bei Haushalten mit niedrigem Einkommen stärker ins Gewicht fallen. Sie relativieren aber den Befund.

Nach Berechnungen der GLP würde ein Haushalt mit einem Monatseinkommen von 3500 Franken lediglich 13 Franken mehr bezahlen als mit dem Mehrwertsteuersystem. Mit minimalen Verhaltensanpassungen könnten ausserdem auch solche Haushalte die Steuerbelastung gegenüber heute senken, sagen die Initianten.

Entlastung für durchschnittlichen Haushalt

Der durchschnittliche Haushalt könnte den Berechnungen zufolge mit einer steuerlichen Entlastung von rund 30 Franken im Jahr rechnen. Stärker profitieren könnten ökologische Haushalte, mehr belastet würden Vielverbraucher.

Als Vielverbraucher-Haushalt gilt etwa eine Familie mit einem Bruttoeinkommen von rund 8700 Franken, die in einem Einfamilienhaus mit 225 Quadratmetern wohnt und mit einem Auto, das 11 Liter pro 100 Kilometer verbraucht, jährlich 30 000 Kilometer fährt. Sie müsste im Jahr 2000 Franken mehr bezahlen. Als ökologischer Haushalt gilt eine Familie, die in einer 100-Quadratmeter-Wohnung mit erneuerbarer



Energiesteuer. Laurent Seydoux, Vizepräsident der Grünliberalen Partei (GLP), Roland Kaufmann, Unternehmer Binkert Buag, Martin Bäumle, Präsident GLP, Adele Thorens, Co-Präsidentin Grüne (GP), und Sibyl Anwander, Konsumentenforum (KF), (von links) propagieren ein Ja zur Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer».

FOTO KEYSTONE

Energie wohnt und mit einem sparsamen Auto 6000 Kilometer im Jahr fährt. Sie könnte gegenüber heute 1600 Franken sparen.

Anreize für Unternehmen

Doch nicht nur die Haushalte, sondern auch Unternehmen könnten laut den Initianten profitieren. Roland Kaufmann, Geschäftsführer einer Firma für Drucksachen, kritisierte, im heutigen Steuersystem seien die Anreize falsch gesetzt. Die Kosten für Umweltemissionen würden auf die Allgemeinheit abgeschoben. Mit der ökologischen Steuerreform würden innovative Unternehmen gestärkt. Der Bundesrat befürchtet dagegen, dass Schweizer Un-

ternehmen im Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz benachteiligt wären. Nach dem Willen der Grünliberalen soll nämlich auch die graue Energie besteuert werden. Der Bundesrat gibt zu bedenken, es wäre kaum möglich, für jedes Produkt zu berechnen, wie viel Energie in ihm stecke. Ausserdem wäre die Besteuerung der grauen Energie von Importprodukten nicht WTO-konform.

Skeptisch gegenüber Bundesratsplänen

Bäumle erwidert, das Problem der grauen Energie müsse bei jeder ökologischen Steuerreform gelöst werden, also auch bei jener, die der Bundesrat plant – es sei denn, er wolle eine

wirkungslose Lenkungsabgabe. Der Bundesrat will die Details seiner eigenen Pläne erst nach der Abstimmung über die Initiative bekannt geben. Bäumle zeigte sich enttäuscht darüber. Die Türen für einen Gegenvorschlag seien bei den Grünliberalen weit offen gestanden, stellte er fest. Im Parlament wurde die Initiative der Grünliberalen nur von den Grünen unterstützt, die nun auch im Pro-Komitee vertreten sind. Grosse Chancen rechnet sich Bäumle daher nicht aus. Er hoffe auf einen «Achtungserfolg», sagte er auf eine entsprechende Frage. Von einem solchen würde er sprechen, wenn die Initiative einen Ja-Stimmen-Anteil von 30 Prozent erzielen würde. | sda

Zürich | Verein umverkehR lanciert Kampagne für Nachtzugverbindungen

«Rettet den Nachtzug»

Der Verein umverkehR hat am Dienstag mit einer Aktion im Hauptbahnhof Zürich eine Kampagne «Rettet den Nachtzug» lanciert. Eine Petition verlangt, bestehende Linien zu erhalten und gestrichene wieder in Betrieb zu nehmen.

Die Kampagne «Rettet den Nachtzug» startete umverkehR mit einer sinnbildlichen Aktion. Acht in Pyjamas gekleidete Aktivisten der verkehrspolitischen Umweltorganisation machten auf einem Perron Pendler auf ihr Anliegen aufmerksam. Die Organisation wirft der SBB vor, in den letzten Jahren wichtige Nachtzugsverbindungen eingestellt oder nichts gegen die Einstellung unternommen zu haben. Seit 2003 seien die Linien Bern-Brüssel, Zürich-Rom, Zürich-Barcelona, Basel-Moskau und Basel-Kopenhagen aufgehoben worden.

Laut Aline Trede, Co-Präsidentin von umverkehR, war die Schweiz vor wenigen Jahren noch das Herz der europäischen Nachtzugsverbindungen. Übrig geblieben seien gerade noch sieben direkte Verbindungen, sag-

te die grüne Berner Nationalrätin im Zürcher HB. In einer Petition fordert umverkehR Verkehrsministerin Doris Leuthard und SBB-Chef Andreas Meyer auf, die sieben bestehenden Nachtzugslinien zu erhalten und die seit 2003 gestrichenen vier Linien wieder in Betrieb zu nehmen.

Die Förderung der Nachtzugsverbindungen sei mit Blick auf die Klimaziele des Bundes ein Gebot der Stunde, schreibt umverkehR. Die Reise mit dem Zug von Zürich nach Berlin verursache beispielsweise nur ein Drittel der CO₂-Emissionen, weniger als ein Zehntel der Stickoxid-Emissionen und verbrauche weniger als die Hälfte der Energie des Flugverkehrs.

Nachtzugflotte schon längst verkauft

Laut SBB-Sprecher Christian Ginsig werden die noch bestehenden Nachtzüge von ausländischen Anbietern betrieben. Die SBB habe ihre kleine Nachtzugflotte bereits vor Jahren an die Ralpin verkauft, die mit ihrer Rollenden Autobahn Lastwagen durch die Alpen transportiert. Die Erfahrung früherer Jahre habe gezeigt, dass ei-



Bahnverkehr. Aktivisten um Nationalrätin Aline Trede, rechts, demonstrieren in Pyjamas für die Erhaltung des Nachtzugs im Zürcher Hauptbahnhof.

FOTO KEYSTONE

ne Nachtzugflotte sehr hohe Kosten verursache und die Akzeptanz von Nachtreisen bei den Kunden laufend abgenommen habe, sagte Ginsig. Dies sei auch der Grund gewesen, dass sich die SBB entschieden habe, ihre eigenen Wagen zu verkaufen.

Für die SBB sei es zentral, dass Bahnangebote ins Ausland attraktiv bleiben. Dabei fokussiere sie sich auf strategisch konkurrenzfähige Destinationen mit einer Reisezeit von vier bis sechs Stunden. «Bei längeren Reisezeiten können wir

kaum mit den Angeboten der Fluggesellschaften mithalten», so der Mediensprecher.

Die SBB arbeite mit den ausländischen Partnerbahnen ständig daran, die Reisezeiten zu verkürzen und die Qualität des Angebotes zu erhöhen. Die Tagesverbindungen würden auch immer schneller. Heute sei es undenkbar, mit einem Nachtzug nach Paris oder Mailand zu reisen. Mit der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels werde sich die Reisezeit in Richtung Süden nochmals verkürzen. | sda

Abkommen Bahnverbindung

BERN | Die Verkehrskommission des Nationalrates (KVF) befürwortet das Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich über den Bau einer Bahnverbindung ins französische Annemasse. Die KVF hat sich mit 14 zu 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen für das Abkommen ausgesprochen. Mit der Bahnverbindung Cornavin-Eaux-Vives-Annemasse (CEVA) kann ein grenzüberschreitendes S-Bahn-Netz von der Region Lausanne bis nach Evian am französischen Ufer des Genfersees realisiert werden. Die Bahnverbindung umfasst in der Schweiz den Bau einer neuen Bahnlinie von rund 14 Kilometern Länge, den Umbau von zwei bestehenden Bahnhöfen und den Neubau von vier Stationen. In Frankreich wird ein zwei Kilometer langer Streckenabschnitt bis in den Bahnhof Annemasse erstellt. Die Kosten für das gesamte Projekt belaufen sich auf Schweizer Seite auf 1,56 Milliarden Franken. Die Kosten für den französischen Streckenabschnitt wird Frankreich tragen. Für den Anschluss des französischen Streckenabschnitts an das Bahnstromnetz der SBB leistet der Bund aber eine Zahlung von 15,7 Millionen Euro. | sda